

Antrag

der Abgeordneten Erich G. Fritz, Gunnar Uldall, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Hansjürgen Doss, Albrecht Feibel, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), Dr. Jürgen Gehb, Kurt-Dieter Grill, Ernst Hinsken, Dr. Karl-Heinz Hornhues, Ulrich Klinkert, Dr. Martina Krogmann, Dr. Norbert Lammert, Vera Lengsfeld, Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Elmar Müller (Kirchheim), Bernd Neumann (Bremen), Friedhelm Ost, Dr. Bernd Protzner, Thomas Rachel, Hans-Peter Repnik, Dr. Heinz Riesenhuber, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, Anita Schäfer, Hartmut Schauerte, Karl-Heinz Scherhag, Dietmar Schlee, Max Straubinger, Andrea Voßhoff, Matthias Wissmann, Dagmar Wöhrl und der Fraktion der CDU/CSU

Stärkung des freien Welthandels durch neue WTO-Runde

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Scheitern der WTO-Ministerkonferenz in Seattle hat in der deutschen wie in der internationalen Öffentlichkeit die Akzeptanz des WTO-Prozesses beschädigt. Die weitere Liberalisierung des Welthandels und die Entwicklung eines multilateralen Ordnungsrahmens der Weltwirtschaft bleiben aber vorrangige Ziele deutscher und europäischer Politik.

Unterschiedliche Vorstellungen der großen Handelsblöcke über Art und Umfang einer neuen Runde, unerledigte Streitschlichtungsverfahren und Antidumping- beziehungsweise Antisubventionsverfahren sowie eine unterschiedliche Beurteilung der Vorteile multilateraler Regeln für alle Beteiligten zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Nordamerika belasten die Fortsetzung der Verhandlungen.

Wichtige Entwicklungsländer sprechen sich nach wie vor gegen eine Ausweitung der Verhandlungen auf die sogenannten neuen Themen (Umwelt- und Sozialstandards, Investitionen und Wettbewerb) aus. Sie beklagen darüber hinaus die mangelnden Beteiligungsmöglichkeiten an den Verhandlungen (Green-Room-Problematik, Implementierung, technische Hilfe, Überfrachtung der neuen Runde).

Vorbereitung, Ablauf und Ergebnis der WTO-Ministerkonferenz in Katar werden von besonderer Bedeutung für die Akzeptanz des multilateralen Handelssystems sein. In dieser Situation kommt einer flexiblen Verhandlungsstrategie der Europäischen Union sowie einer wirkungsvollen Unterstützung der EU-Position durch die Bundesregierung eine besondere Bedeutung zu.

Deshalb fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf:

1. sich im Europäischen Rat dafür einzusetzen, dass die Europäische Kommission auf der Grundlage ihres Verhandlungsmandates von 1999 ausreichend Flexibilität für die Verhandlungsführung bekommt, damit Verhandlungsergebnisse nicht durch bereits vorab festgelegte und insbesondere gegenüber den Entwicklungsländern nicht zu realisierende Positionen verhindert werden.
2. die EU-Kommission zu unterstützen und durch regionale, bilaterale und multilaterale Zusammentreffen auf allen Ebenen für eine neue Runde zu werben.
3. durch einen regelmäßigen und intensiven Dialog mit der neuen US-Administration die USA als Partner für die Fortsetzung der WTO-Verhandlungen zu gewinnen.
4. durch bilaterale Arbeit den Kreis der „Freunde der Runde“ zu erweitern und dazu insbesondere wichtige Entwicklungsländer und so genannte „hardliner“ zu gewinnen.
5. EU-Handelskommissar Pascal Lamy und Generaldirektor Mike Moore durch bilaterale Gespräche bei der Vertrauensbildung gegenüber den Entwicklungsländern zu unterstützen.
6. alle Bestrebungen offensiv zu unterstützen, die eine abgestimmte Strategie der „Führungsmächte“ ermöglichen, um die Vorteile der Globalisierung für die Armutsbekämpfung und für den Handel zwischen Entwicklungs- und Industrieländern sowie zwischen Entwicklungsländern praktisch erfahrbar zu machen.
7. sich bei den neuen Themen nicht auf eine bestimmte Art der Behandlung in der WTO festzulegen und insbesondere bei der Frage der Einführung von Umwelt- und Sozialstandards Alternativen in Form einer sinnvollen Zusammenarbeit der WTO mit anderen internationalen Organisationen anzustreben.
8. den Deutschen Bundestag im Vorfeld der WTO-Ministerkonferenz in Katar in den Meinungsbildungsprozess einzubeziehen und damit die Artikulation eigener Erwartungen zu gewährleisten.
9. eine gezielte Informationspolitik zu betreiben, um dem Misstrauen vieler Bürger gegenüber der WTO entgegenzuwirken.
10. die Frage der Beteiligungsrechte von Nicht-Regierungsorganisationen zu klären und die Nicht-Regierungsorganisationen in die Vorbereitungsphase der WTO-Ministerkonferenz einzubinden, damit die Akzeptanz in der Bevölkerung gegenüber dem WTO-Prozess erhöht wird.

Berlin, den 3. April 2001

Erich G. Fritz
Gunnar Uldall
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Hansjürgen Doss
Albrecht Feibel
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Dr. Jürgen Gehb
Kurt-Dieter Grill
Ernst Hinsken
Dr. Karl-Heinz Hornhues
Ulrich Klinkert

Dr. Martina Krogmann
Dr. Norbert Lammert
Vera Lengsfeld
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Elmar Müller (Kirchheim)
Bernd Neumann (Bremen)
Friedhelm Ost
Dr. Bernd Protzner
Thomas Rachel
Hans-Peter Repnik
Dr. Heinz Riesenhuber

Heinrich-Wilhelm Ronsöhr
Anita Schäfer
Hartmut Schauer
Karl-Heinz Scherhag
Dietmar Schlee
Max Straubinger
Andrea Voßhoff
Matthias Wissmann
Dagmar Wöhr
Friedrich Merz, Michael Glos
und Fraktion